

Treffen der EU-Finanzminister:

Börsensteuer spaltet Europa



© Bild: 2011 dapd/Mario Vedder

Der Streit über die Steuer auf Finanzgeschäfte ist unübersichtlich: Großbritannien und andere Länder widersetzen sich einer Einführung in allen 27 EU-Staaten. Auch in Deutschland herrscht keine Einigkeit. Ein Überblick. von *Kai Beller* Berlin

Die 27 EU-Finanzminister haben sich am Dienstag mit der umstrittenen Finanztransaktionssteuer befasst. Vorgekommen sind sie nicht. Das Thema steht im weiteren Verlauf des Jahres auf Wiedervorlage. In der Zwischenzeit soll nach Alternativen zum existierenden Vorschlag der EU-Kommission gesucht werden. "Da gibt es ganz viele verschiedene Instrumente", sagte Dänemarks Finanzministerin Margrethe Vestager nach der Sitzung.

Bis Juni sollen die EU-Kommission und Dänemark als Ratsvorsitzender Kompromisse ausloten. "Wenn auf europäischer Ebene keine Lösung zu finden ist, dann glaube ich, müssen wir uns nach Alternativen umsehen. Denn dass nichts dabei herauskommt, das wäre eine Katastrophe", sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

Wie verlaufen die Fronten im Streit um die Börsensteuer?

Neun Länder wollen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU forcieren. Das haben sie in einem Brief an die dänische Ratspräsidentschaft deutlich gemacht. Mit Deutschland und Frankreich stehen die Schwergewichte Europas hinter den Plänen. Ihnen haben sich Belgien, Finnland, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal und Spanien angeschlossen. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy will die Steuer notfalls auch im Alleingang einführen.

Vielleicht bleibt ihm nichts anderes übrig, denn der Widerstand in einzelnen Ländern ist zäh. Großbritannien lehnt die Pläne rundheraus ab und auch die Schweden sind dagegen. Die Regierung in Stockholm verweist auf ihre negativen Erfahrungen mit einer Börsensteuer, die in Schweden Mitte der 80er-Jahre eingeführt und nach wenigen Jahren wieder abgeschafft wurde.

Mit einem Nein kann jeder Mitgliedstaat einen Steuerbeschluss in der EU blockieren. Da angesichts des Widerstandes in London und Stockholm keine Einstimmigkeit zu erwarten ist, sind die Befürworter auf die Idee verfallen, die Steuer nur in der Euro-Zone einzuführen. Doch auch hier sind erhebliche Widerstände zu überwinden.

Irland beispielsweise will nur zustimmen, wenn die Steuer auch in Großbritannien eingeführt wird. Auch Luxemburg und die Niederlande lehnen die Pläne in der derzeitigen Form ab. Wenn überhaupt, müssten alle 27 EU-Staaten mitziehen, sagte Luxemburgs Finanzminister Luc Frieden. Sonst drohe eine Abwanderung der Finanzmarktgeschäfte.

Warum wehren sich die Briten entschieden gegen die Steuer?



Premierminister Cameron

Als "Wahnsinn" bezeichnete der britische Premier David Cameron die europäischen Finanzsteuerpläne. Sein Land will auf keinen Fall mitmachen, weil es um den Finanzplatz London fürchtet. Cameron warnt davor, ein europäischer Alleingang werde zu einer Verlagerung der Geschäfte auf andere nicht durch Steuern belastete Finanzplätze führen.

Für die britische Wirtschaft wäre eine Abwanderung ein herber Schlag. Im Londoner Finanzdistrikt werden jährlich etwa zehn Prozent des britischen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet.

kämpft für den Finanzplatz
London

Cameron will eine Börsensteuer daher nur im globalen Maßstab akzeptieren. Die Chancen dafür stehen jedoch bei Null. Weil der britische Regierungschef das weiß, schlägt er die sogenannte Stempelsteuer als Modell vor, die nur Aktienverkäufe erfasst. Wer auf der Insel Aktien oder Optionsscheine verkauft, muss 0,5 Prozent des Erlöses an den Fiskus abführen.

Was hat die EU-Kommission vorgeschlagen?



Kommissionschef Barroso befürwortet die Steuer

Der Vorschlag der Brüsseler Behörde aus dem Herbst vergangenen Jahres sieht vor, die Steuer in allen 27 EU-Staaten einzuführen. 55 Mrd. Euro jährlich sollen mit diesem Instrument eingenommen werden. Kommissionschef José Manuel Barroso fordert mit der Steuer von den Kreditinstituten einen Beitrag für die immensen Kosten der Finanzkrise. 2008 und 2009 mussten viele Banken mit Steuergeld vor dem Untergang gerettet werden. Dieser Rettungseinsatz verschärfte die Schuldenkrise in den EU-Staaten.

Mit der Steuer sollen 85 Prozent der Transaktionen zwischen Finanzinstituten erfasst werden. Als Mindeststeuersatz schlägt die Kommission 0,1 Prozent des Umsatzes bei Anleihen und Aktien sowie von 0,01 Prozent bei Derivaten vor. Die Steuer soll nicht für Privatpersonen gelten, wenn sie beispielsweise einen Versicherungsvertrag abschließen oder einen Kredit aufnehmen.

Nach den Plänen der Kommission ist vorgesehen, die Steuer am Sitz des jeweiligen Unternehmens zu erheben. Damit will die Behörde verhindern, dass Geschäfte in Regionen verlagert werden, wo keine derartige Steuer anfällt.

Mehr zum Thema

Top-Ökonomen Barry Eichengreen - Die Börsensteuer ist ein Fehler

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/:top-oekonomen-barry-eichengreen-die-boersensteuer-ist-ein-fehler/60171418.html>)

Finanzmärkte Neun Staaten wollen schnelle Börsensteuer

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:finanzmaerkte-neun-staaten-wollen-schnelle-boersensteuer/60165643.html>)

Wahlkampf in Frankreich Sarkozy prescht mit Börsensteuer vor

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:wahlkampf-in-frankreich-sarkozy-prescht-mit-boersensteuer-vor/60161532.html>)

Weltwirtschaftsforum Cameron geißelt Börsensteuer als Wahnsinn

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:weltwirtschaftsforum-cameron-geisselt-boersensteuer-als-wahnsinn/60160208.html>)

Mehr zu: Börsensteuer, Euro-Zone, FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Was hat Frankreich vor?



Präsident Sarkozy bereitet eine Art Stempelsteuer vor

Vom Wahlkampf getrieben hat auch Präsident Sarkozy eine Finanzsteuer angekündigt. Sein Vorschlag ähnelt der britischen Stempelsteuer, weil nur Geschäfte mit Aktien und anderen Firmenanteilen französischer Unternehmen besteuert werden. Erfasst werden sollen alle Geschäfte mit gelisteten Finanzprodukten an der Pariser Börse.

Anleihen, gleich ob von Staaten oder Unternehmen, sollen der Steuer nicht unterliegen. Und es gibt noch viele weitere Ausnahmen, wie etwa Erstemissionen von Aktien, Marktpflege-Aktionen, Rückkauf-Geschäfte, fusionsbezogene Transaktionen. Zur Kasse gebeten werden soll vom Fiskus nur der Käufer der Papiere. Noch prüfen wollen die Franzosen, ob auch der Hochfrequenzhandel belastet wird und ob zudem eine Abgabe für bestimmte Leerverkäufe von Staatspapieren erhoben wird.

Staatspapieren erhoben wird.

Wie steht die schwarz-gelbe Koalition zu den Plänen?



Kanzlerin Merkel muss FDP-Chef Rösler von einem Kompromiss überzeugen

Union und FDP sind in der Steuerfrage gespalten. Die Liberalen wollen einer Finanztransaktionssteuer nur zustimmen, wenn sie für alle 27 EU-Staaten gilt. Kanzlerin Merkel hält sich dagegen die Option einer Einführung nur im Euro-Raum offen. Sie bezeichnet das allerdings als ihre persönliche Meinung.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) schlug eine um Derivate erweiterte Stempelsteuer als Kompromiss vor. Damit kam er der FDP entgegen, deren Parteichef, Wirtschaftsminister Philipp Rösler, sich für die Stempelsteuer als gesamteuropäisches Modell stark gemacht hat. Dadurch würde Großbritannien eingebunden und Nachteile für den Finanzstandort Deutschland vermieden.

Erschwert wird die Kompromissuche durch einen Beschluss der SPD, die ihre Zustimmung zum Fiskalpakt von der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Euro-Zone abhängig macht. Da für den Fiskalpakt eine Änderung des Grundgesetzes

notwendig ist, haben die Sozialdemokraten ein starkes Druckmittel in der Hand. Mit einer Stempelsteuer wollen sie sich nicht zufrieden geben.

Für die Kanzlerin steht viel auf dem Spiel: Der Fiskalpakt, der die Staaten zum soliden Haushalten verpflichten soll, ist ihr Prestigeobjekt. Ein Scheitern kann sie sich kaum erlauben.

(Mit Agenturen)

FTD.de, 13.03.2012

© 2012 Financial Times Deutschland,
